

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
13.03.2012
Ausschussbetreuender Fachbereich
Umwelt und Technik
Schriftführung
Meike Lachmann
Telefon-Nr.
02202-141461

Niederschrift

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr
Sitzung am Donnerstag, 02.02.2012

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr – 18:40 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 24.11.2011 - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 24.11.2011 -öffentlicher Teil-
0027/2012**
- 4 Mitteilungen des Vorsitzenden**

- 5 **Mitteilungen des Bürgermeisters****

- 5.1 **Erfahrungsbericht über das gebührenfreie Parken an den Adventssamstagen****

- 5.2 **Festsetzung des Fluglärmschutzbereichs****

- 5.3 **Bericht über den aktuellen Stand der Fortschritte des Ausbaus der Fußgängerzone in Hinblick auf Pflaster, Bäume und Beleuchtung****

- 6 **Sinnvolle Verwendung von finanziellen Restmitteln und Sanierung verschiedener Straßen in Refrath****
0044/2012

- 7 **Freigabe der Fußgängerzone in der Stadtmitte für den Radverkehr****
0046/2012

- 8 **Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach in der Fassung der V. Änderungsverordnung****
0028/2012

- 9 **Anträge der Fraktionen****

- 9.1 **Antrag der CDU-Fraktion vom 19.12.2011, "Wie geht es weiter mit der Kanaldichtheitsprüfung?"****
0669/2011

- 9.2 **Antrag der CDU-Fraktion vom 19.12.2011 zum Erhalt des Kadettenweiher als Bodendenkmal****
0029/2012

- 9.3 **Antrag auf Verbot der kommerziellen Ausstellung von Tieren auf dem Stadtgebiet von Bergisch Gladbach****
0042/2012

- 10 **Anfragen der Mitglieder****

- 10.1 **Anfrage der CDU-Fraktion vom 19.12.2011 zum Straßenbauprogramm 2012****
0041/2012

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Ziffus eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Teilnehmer ergeben sich aus dem als Anlage beigefügten Verzeichnis.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 24.11.2011 - öffentlicher Teil -

Gegen die Niederschrift wird kein Einwand erhoben

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 24.11.2011 -öffentlicher Teil- 0027/2012

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen des Vorsitzenden

Herr Ziffus erinnert an eine zurückliegende Anfrage aus dem vergangenen Jahr. Damals habe er auf einen Fußweg zwischen der Fußgängerzone und dem Markt in Bensberg hingewiesen, bei dem die Absenkung der Bordsteinkante noch vorzunehmen war. Er möchte wissen, wieso diese Arbeiten bisher nicht ausgeführt worden sind.

Herr Hardt bestätigt, dass die Arbeiten noch offen sind. Bedingt durch eine Baustelle in der Nähe und die Winterzeit habe man die Angelegenheit noch nicht beenden können. Sie ist aber nicht in Vergessenheit geraten.

Herr Ziffus bemängelt die Verlegung des neuen Pflasters in der westlichen Fußgängerzone. Dort seien deutliche Unebenheiten festzustellen.

Die Verwaltung verweist hierzu auf einen Bericht unter dem Tagesordnungspunkt 5.3.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

5.1. Erfahrungsbericht über das gebührenfreie Parken an den Adventssamstagen

Herr Widdenhöfer berichtet über die gemachten Erfahrungen aufgrund der gebührenfreien Parkmöglichkeit an den Adventssamstagen, worum der Ausschuss in seiner Sitzung am 16. Nov. 2010 im Zusammenhang mit der neuen Parkgebührenordnung gebeten hatte.

Insgesamt soll ein umfassender Erfahrungsbericht zur neuen Parkgebührenordnung in der Sitzung im April vorgelegt werden.

Hinsichtlich der Adventssamstage hat es keine Probleme gegeben, weder hat es ein Verkehrschaos gegeben, noch hat man Dauerparker feststellen können. Das Angebot ist also gut angenommen worden, es gab keine negativen Erkenntnisse.

Frau Schneider fragt nach der Frequentierung der Parkplätze.
Nach den Beobachtungen der Ordnungsbehörde waren die Parkplätze insgesamt gut belegt.

Herr Wagner fragt nach, ob bekannt ist, wie viel trotz der Gebührenfreiheit eingenommen wurde. Von Seiten der Verwaltung wird zugesagt, diese Information in der Niederschrift festzuhalten.

Anmerkung:

Entsprechende Daten können an 41 Parkscheinautomaten aufbereitet werden. Das Ergebnis ist als Anlage Nr. 1 für den Zeitraum Nov. 2011 bis Jan. 2012 beigefügt. Die Einnahmen an den Adventssamstagen verteilen sich auf alle Geräte, so dass es nicht Einnahmen von wenigen, evtl. nicht kenntlich gemachten Standorten sind.

Auf Nachfrage von Herrn Höring bestätigt Herr Widdenhöfer den Einsatz der Ordnungskräfte an den Adventssamstagen, die allgemein die Einhaltung der Verkehrsregeln (z. B. absolute Halteverbote) überwacht haben.

5.2. Festsetzung des Fluglärmschutzbereichs

Herr Schmickler informiert über die Festlegung der Fluglärmschutzbereiche für den Flughafen Köln/Bonn, über die der Ausschuss im Mai des vergangenen Jahres beraten hat.

Inzwischen ist der neue Lärmschutzbereich per Rechtsverordnung vom 7. Dez. 2011 festgelegt worden. Dieser Bereich wird den Betroffenen durch die Bezirksregierung Köln mitgeteilt. Zusätzlich befinden sich Verweise auf der städtischen Homepage.

Herr Widdenhöfer berichtet über Anmerkungen, die der Ausschuss damals in sechs Punkten im Rahmen der Beratung des Lärmschutzbereichs festgehalten hatte. Diese Anmerkungen sind von der Verwaltung an das Ministerium weitergeleitet worden. Das Ministerium hat im August 2011 darauf geantwortet. Diese Antwort ist der Niederschrift als Anlage Nr. 2 beigefügt.

Herr Kamp fragt, ob Bürger aus Bergisch Gladbach Mittel beantragen können, um Häuser gegen Fluglärm zu schützen.

Herr Schmickler bestätigt, dass erstmalig Immobilien in Bergisch Gladbach in diesen Zonen liegen. Herr Widdenhöfer ergänzt, dass Ansprüche erst mit Beginn des 6. Jahres gestellt werden können. In Gesprächen mit dem Flughafen soll geklärt werden, ob dieser bereit wäre, diese Frist zu verkürzen.

5.3. Bericht über den aktuellen Stand der Fortschritte des Ausbaus der Fußgängerzone in Hinblick auf Pflaster, Bäume und Beleuchtung

Herr Kremer berichtet über die aktuelle Lage.

Die Pflasterarbeiten auf der Seite der RheinBerg Galerie sind zum Teil ausgeführt. Bäume sollen in der kommenden Woche angeliefert werden, was allerdings auch witterungsabhängig ist.

Geprüft werden augenblicklich die Toleranzen bei der Verlegung des Pflasters. Das betrifft den Versatz bei den Steinen sowie die Spaltmaße der Fugen.

In diesem Zusammenhang ist Herr Schneider als Sachverständiger gebeten worden, sich die Angelegenheit anzusehen. Solange die Arbeiten nicht abgenommen sind, muss die Baufirma Mängel nacharbeiten. Eine Abnahme erfolgt erst bei Mängelfreiheit.

Wegen der Beleuchtung ist mit den Anliegern gesprochen worden. Grundsätzlich liegen die Zusagen in der gewünschten Zahl vor. An einzelnen Stellen (z. B. Buchhandlung Thalia) müssen Detailfragen noch geklärt werden. Hier sind augenblicklich die Statiker am Werk.

Beeinträchtigungen für den Karnevalszug sind nicht zu erwarten. Insbesondere werden neue Teilflächen erst nach Karneval in Angriff genommen. Im Bereich der unteren und oberen Hauptstraße werden ebenfalls keine Beeinträchtigungen durch die dortigen Baustellen erwartet.

Herr Wagner fragt nach den Unebenheiten bei der Pflasterung.

Er spricht sich dafür aus, bei erforderlichen Nacharbeiten zügig für deren Umsetzung zu sorgen, damit die Beeinträchtigung der Anlieger durch die Baustelle soweit wie möglich begrenzt bleibt.

Auf Nachfrage von Herrn Mömkes bestätigt Herr Kremer, dass der Entwurfsplaner den Bauprozess begleitet.

Herr Böcker fragt als Vertreter des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen nach dem Gefälle. Rollstuhlfahrer haben die Befürchtung, dass sie durch das Gefälle in die Straßenmitte abgeleitet werden könnten. Er möchte daher wissen, wie stark das Gefälle ausfällt.

Herr Kremer teilt mit, dass das Gefälle in Abhängigkeit von der Anbindung an die seitlichen Hauswände zwischen 2 und 4,5 % beträgt. Man bewegt sich damit im Normbereich, trotzdem ist man bestrebt, es so moderat wie möglich anzulegen.

Herr Schmickler bestätigt die Bemühungen, das Gefälle auf ein möglichst geringes Niveau zu beschränken. Insbesondere durch das Material seien unabhängig davon wesentlich bessere Nutzungsbedingungen zu erwarten, insbesondere auch für die Rollstuhlfahrer.

Herr Kamp bittet in einer späteren Sitzung um einen vollständigen Überblick über den Stand der Bauarbeiten. Herr Ziffus schlägt vor, die nächste Ausschusssitzung nach Bergisch Gladbach zu verlegen und sich vor der Sitzung vor Ort einen Überblick über die Bauarbeiten zu verschaffen. Herr Kremer kündigt an, während der nächsten Sitzung anhand der Pläne noch einmal einen aktuellen Überblick über das Projekt zu geben.

6. Sinnvolle Verwendung von finanziellen Restmitteln und Sanierung verschiedener Straßen in Refrath

0044/2012

Herr Santillán fragt, wieso es sich um keine Beschlussvorlage handelt.

Herr Schmickler verweist auf den Beschluss des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden. Über den Antrag an sich ist dort bereits entschieden worden. Er wird jedoch als Anregung und als Information an den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr weitergereicht.

Herr Mömkes bedankt sich bei der Verwaltung für die Herstellung der Fußwege in der Siedlung Kippekausen. Die Wege waren aufgrund ihres Alters stark erneuerungsbedürftig.

Er bittet dringend darum, die Straße „Neuer Trassweg“ in diesem Jahr fertig zu stellen. Falls die Bürger für die Dichtigkeit der Hauskanäle nicht sorgen sollten, soll die Stadt dafür sorgen und die Aufwendungen den Bürgern in Rechnung stellen.

Herr Schallehn hält es für wichtig, die Kanalsanierung vor der Straßenerneuerung abzuschließen.

Herr Kremer bestätigt, dass dies von der Verwaltung so praktiziert wird.

Herr Kamp spricht sich für ein Sanierungskonzept für marode Straßen aus.

Herr Ziffus erinnert an den Unterhaltungsaufwand, der sich aus dem Wert der Straßen ableiten lässt. Danach müssten ca. 40 Millionen € jährlich für die Unterhaltung aufgewendet werden. Dies gibt der Haushalt leider nicht her.

Herr Ziffus fragt nach der späteren Sanierung des Beleuchtungsnetzes und der Auswirkung auf bereits vorher sanierte Straßen.

Herr Schmickler und Herr Kremer verweisen auf die üblicherweise getroffenen Vorkehrungen, z. B. durch Leerrohre und Fundamente könnten derartige Maßnahmen weitgehend ohne Schäden für die Straßen durchgeführt werden.

Herr Ziffus schließt die Beratungen zum Tagesordnungspunkt ab.

7. Freigabe der Fußgängerzone in der Stadtmitte für den Radverkehr

0046/2012

Herr Widdenhöfer erläutert den rechtlichen Rahmen, wobei zwischen dem Straßenrecht und dem Straßenverkehrsrecht zu unterscheiden ist.

Grundsätzlich sind in einer Fußgängerzone nur Fußgänger zulässig. Andere Verkehrsteilnehmer sind nicht erlaubt, was auch Fahrradfahrer betrifft. Ausgenommen sind Kinder bis zum vollendeten 10. Lebensjahr sowie das Mitführen von Fahrrädern (geschoben). Ebenfalls dürften Rollstühle benutzt werden.

Als Straßenverkehrsbehörde können gewisse Ausnahmen zugelassen werden, die sich auf den Anlieferverkehr beziehen. Allerdings sind diese Ausnahmen nach der Rechtsprechung sehr eng auszulegen, die Sicherheit der Fußgänger hat absoluten Vorrang.

Auf der anderen Seite steht das Straßenrecht. Die Straßenverkehrsbehörde darf keine Anordnung treffen, die im Widerspruch zur Widmung steht. Die Widmung aus dem Jahre 1994 bezieht sich nur auf Fußgänger sowie auf den Anliefer- und Anliegerverkehr.

In der jetzigen Widmung ist damit der Radfahrverkehr nicht vorgesehen. Soweit gewünscht müsste also zunächst die Widmung geändert werden, bevor die Straßenverkehrsbehörde die entsprechende Anordnung treffen kann.

Herr Höring lehnt unabhängig von den rechtlichen Möglichkeiten namens der CDU-Fraktion eine Öffnung der Fußgängerzone für den Radverkehr ab. Er hält es für nicht angebracht, neben den Fußgängern jetzt auch noch Radverkehr zu erlauben. Vor allem beeinträchtigt es die Sicherheit der Fußgänger, besonders wenn Kinder in der Fußgängerzone umherlaufen. Gleichwohl ist es zum Teil schwierig, als Radfahrer die Fußgängerzone zu umfahren, da zum Teil auch Abschnitte fehlen. Er

regt daher an, durch Ergänzungen in der Beschilderung, Hinweise auf der städtischen Homepage oder Handzettel, die über das Bürgerbüro verteilt werden können, auf die Routen hinzuweisen. Er verweist auf die Notwendigkeit der im neuen Konzept für die Fußgängerzone enthaltenen Fahrradständer, die an den Eingängen der Fußgängerzone aufgestellt werden.

Herr Zalfen schließt sich den Ausführungen von Herrn Höring an. Die Widmung sollte wie bisher erhalten bleiben. Der Vorschlag zur Beschilderung sollte unbedingt geprüft werden. In einer Fußgängerzone bilden Fahrradfahrer eine zu große Gefahr für Fußgänger.

Herr Schmickler verweist auf die bisher schon vorhandene landesweite Radwegbeschilderung. Ergänzend dazu werden wohl 2012 zusätzliche Schilder aus dem Projekt RadRegionRheinland kommen. Mit Bordmitteln ist die Verwaltung zurzeit damit beschäftigt, für den städtischen Internetauftritt Informationen zum Radwegenetz zu erarbeiten. Die Radstation ist weiter für Anfang des Jahres 2013 geplant. Die Vorbereitungen dazu laufen. Letzte Woche war dazu gerade ein Treffen bei der Bezirksregierung.

Herr Schallehn spricht sich für eine Öffnung der Fußgängerzone aus, soweit diese in Schrittgeschwindigkeit befahren wird. Schon jetzt nutzen Anlieferfahrzeuge die Fußgängerzone. Er stellt daher einen entsprechenden Antrag, ersatzweise sollte auf der Strecke Schnabelsmühle/Gohrsmühle bis zum Kreisel ein beidseitiger, durchgehender Radweg hergestellt werden.

Herr Böcker spricht sich im Sinne der Behinderten und der älteren Menschen gegen eine Nutzung der Fußgängerzone durch Fahrradfahrer aus.

Herr Santillan lehnt ebenfalls die Zulassung von Radfahrern in der Fußgängerzone ab und schließt sich den Ausführungen von Herrn Höring ab. Er kritisiert den Lieferverkehr, der täglich durchgängig die Fußgängerzone nutzt. Die Anlieferzeiten sollten besser kontrolliert werden.

Herr Uttich verweist auf die Belieferungsnotwendigkeit für die Geschäfte in der Fußgängerzone. Der Fahrradverkehr ist in dieser Form nicht zwingend auf deren Benutzung angewiesen.

Herr Schmickler erinnert an den laufenden Prüfauftrag für die Verwaltung, im Radwegenetz Lückenschlüsse und Detailverbesserungen aufzuarbeiten. Er schlägt vor, die Verbesserung der Befahrbarkeit des Bereichs Schnabelsmühle/Gohrsmühle bis zum Kreisel für Radfahrer in diesem Rahmen prüfen zu lassen und anschließend dem Ausschuss einen Verbesserungsvorschlag vorzulegen.

Herr Höring kündigt die Zustimmung der CDU-Fraktion zu dieser Absicht an. Nachdem Herr Hardt die Erarbeitung des Vorschlages bis zur Sommerpause bestätigt, kann sich auch Herr Schallehn diesem Vorschlag anschließen.

Es wird über den Beschlussvorschlag aus der Vorlage abgestimmt. Gegen zwei Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wird mehrheitlich beschlossen, die Fußgängerzone in der Stadtmitte nicht für den Radverkehr freizugeben.

8. **Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach in der Fassung der V. Änderungsverordnung**
0028/2012

Herr Ziffus ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Widdenhöfer stellt klar, dass die in der letzten Sitzung des Ausschusses beschlossenen Änderungen berücksichtigt werden. Dabei handelt es sich um die Ergänzung in § 6 Absatz 1 Nr. 1, wo zur Verdeutlichung bei den Lebensmittelresten konkret Kaugummi erwähnt wird. In § 6 wird außerdem redaktionell der Punkt 5 aus dem Absatz 1 jetzt zum neuen Absatz 2. Ferner wird im § 8 Absatz 2 die Formulierung „Ballspiele jeglicher Art“ gestrichen. Bei der Wahrung der Mittagsruhe (§ 9) werden zusätzlich Laubsauger und Laubbläser mit erwähnt.

Herr Ebbinghaus hat Nachfragen. Dies betrifft den § 4 Absatz 1. Bei dem dort ausgesprochenen Verbot stellt sich die Frage, ob dies überhaupt möglich ist, soweit es sich um Privateigentum handelt. Außerdem möchte er wissen, ob es für das Verbot in § 8 Absatz 6 (Konsum alkoholischer Getränke auf Spielplätzen), welches grundsätzlich sinnvoll ist, überhaupt eine Ermächtigungsgrundlage gibt.

Herr Zalfen fragt nach, ob sich das Verbot in § 4 Absatz 1 (Verteilen von Flugblättern) auf politische Aktivitäten der Parteien auswirkt.

Herr Widdenhöfer vertritt die Auffassung, dass das Verbot von alkoholischen Getränken auf den Spielplätzen bestehen bleiben soll. Gerade auf Kinderspielplätzen entstehen durch Scherben usw. Gefahrenpunkte, die verhindert werden sollten.

Beim § 4 Absatz 1 handelt es sich um den Text aus der Musterverordnung des Städte- und Gemeindebundes. Aus seiner Sicht ist die Regelung zulässig.

Abschließend verweist er auf die Sonderregelungen für politische Parteien aus der Sondernutzungssatzung.

Herr Ziffus ruft den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung auf.

Der ordnungsbehördlichen Verordnung wird mit den eingangs erwähnten Änderungen mehrheitlich gegen eine Stimme aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE./BfBB zugestimmt.

9. Anträge der Fraktionen

9.1. Antrag der CDU-Fraktion vom 19.12.2011, "Wie geht es weiter mit der Kanaldichtheitsprüfung?"

0669/2011

Der Antrag der CDU-Fraktion wird in der nächsten Sitzung des Infrastrukturausschusses behandelt.

9.2. Antrag der CDU-Fraktion vom 19.12.2011 zum Erhalt des Kadettenweihers als Bodendenkmal

0029/2012

Herr Höring spricht sich für das Anliegen aus. Die bereits vorliegende Vorlage des zuständigen Planungsausschusses würde sich ebenfalls positiv dazu äußern.

Herr Schallehn schließt sich dem an, auch aus seiner Sicht wäre der Kadettenweiher zu erhalten. Er schlägt zusätzlich aus ökologischer Sicht vor, den Bachlauf nicht in den See münden zu lassen, sondern den Bachlauf als Seitenlauf zu führen.

Der Antrag wird insgesamt positiv gesehen und befürwortend an den zuständigen Planungsausschuss weitergereicht.

9.3. Antrag auf Verbot der kommerziellen Ausstellung von Tieren auf dem Stadtgebiet von Bergisch Gladbach

0042/2012

Herr Schallehn folgt den Ausführungen der Verwaltung in der Vorlage. Er möchte daher den Antrag modifizieren und ihn auf städtische Liegenschaften beziehen.

Herr Galley bittet um nähere Ausführungen zum Antrag. Vor allem erschließt sich ihm nicht, weshalb Wanderzirkusse von der Regelung mit betroffen werden sollen.

Herr Schallehn erläutert die Absicht des Antrages.

Herr Santillán spricht sich für eine Differenzierung des Antrages aus.

Er schlägt daher vor, den Antrag zu überarbeiten und ihn später wieder einzubringen.

Herr Zalfen schließt sich dem an. Unter Hinweis auf die Stellungnahme sollte der Antrag in seiner jetzigen Form abgeschlossen werden.

Es besteht die Ansicht, den Antrag in der vorliegenden Form nicht weiter zu beraten.

10. Anfragen der Mitglieder

Anfrage von Herrn Mömkes:

Die Kanalbauarbeiten an der oberen Hauptstraße sind immer noch nicht beendet. Wann ist wieder mit einem normalen Verkehrsfluss zu rechnen?

Herr Kremer entgegnet, dass augenblicklich Abschlussarbeiten stattfinden. Bestimmte Stellen im Bereich der Einmündung der Sander Straße werden zwar noch von der Belkaw bearbeitet, insgesamt geht die Baustelle aber ihrem Ende entgegen. Gründe für die Verzögerung waren unvorhersehbare Gegebenheiten, wie z.B. Bodenprobleme und eine betonummantelte Wasserleitung. Es wird angestrebt, die Baustelle bis zu den Karnevalstagen herzurichten, damit der Karnevalszug zumindest über eine befahrbare Grobschicht geführt werden kann.

Herr Ziffus weist in diesem Zusammenhang auf die demnächst geplante Baumaßnahme in der Odenthaler Straße hin und bittet um eine erträgliche Verkehrsführung.

Herr Kremer bestätigt das Vorhaben. Durch den Umfang der Maßnahme wird mit Behinderungen zu rechnen sein. Herr Schmickler kündigt an, in der nächsten Sitzung des Ausschusses über die Abarbeitung derartiger Baustellen näher zu informieren.

Anfrage von Herrn Buchen:

Bei größeren Wohnungsbaumaßnahmen gibt es die Verpflichtung, einen Spielplatz auf dem Grundstück anzulegen. Es ist bisweilen festzustellen, dass vor einer Bauabnahme ein Spielplatz errichtet wird, der aber einigen Wochen später wieder entfernt wird. Es soll sogar Anbieter geben, die Kinderspielgeräte nicht verkaufen, sondern sich darauf spezialisiert haben, diese vorübergehend zu verleihen.

Herr Buchen möchte wissen, welche rechtliche Grundlage besteht, Spielplätze errichten zu müssen und ob nicht eine Ablöse möglich wäre, mit der dann in der Nähe liegende Spielplätze ausgerüstet werden könnten. Darüber hinaus möchte er wissen, ob bekannt ist, wie viel Baumaßnahmen mit der Anlegung von Spielplätzen es in den letzten 1 - 2 Jahren gegeben hat und ob es Erfahrungswerte gibt, welche Spielplätze davon zurzeit noch Bestand haben.

Ferner fragt Herr Buchen nach dem zwischen Herkenrath und Spitze befindlichen Starenkasten, der offenkundig noch nicht angeschlossen ist. Er möchte wissen, wann dieser in Betrieb genommen wird.

Frau Unrau von der Ordnungsbehörde entgegnet, dass sämtliche Starenkästen noch nicht in Betrieb sind, da mit der Firma noch Abstimmungsgespräche laufen. Sie rechnet aber damit, ab Ende Februar die Anlagen nach und nach in Betrieb nehmen zu können.

Zu der Frage hinsichtlich der Spielplätze erläutert Herr Schmickler die Rechtsgrundlage. Einschlägig für Spielplätze auf privatem Grund ist § 9 der Landesbauordnung in Verbindung mit der städtischen Satzung. In der Landesbauordnung ist allerdings keine Regelung analog zu der Ablösung von Stellplätzen vorgesehen. Eine Kontrolle findet während der Bauabwicklung statt. Eine systematische Kontrolle danach wird nicht flächendeckend vorgenommen, es sei denn, es liegen konkrete Beschwerden oder Hinweise vor. Dann kann ordnungsbehördlich eingegriffen werden.

Anfrage von Herrn Zalfen:

Herr Zalfen fragt nach der Radwegebaumaßnahme an der Bensberger Straße und insbesondere nach der Notwendigkeit und Ausführungsweise des dort vor kurzem errichteten Zaunes.

Herr Hardt verweist auf die Schutzwirkung für die Natur. Der von Landesbetrieb Straßenbau aufgestellte provisorische Zaun soll verhindern, dass während der Bauarbeiten am Radweg Fahrzeuge in das Naturschutzgebiet einfahren können. Da der Zaun nur vorübergehend aufgestellt wird, wurden an die Art der Aufstellung keine besonderen Ansprüche gestellt.

Anfrage von Herrn Wagner:

Da die Stadt Bergisch Gladbach keine abschließbaren Mülltonnen mehr anbietet, werden Schließvorrichtungen zum Teil privat angebracht. Soweit derartige Mülltonnen mit Schließvorrichtungen bei der Abfuhr mit in den Müllwagen fallen, besteht augenblicklich keine befriedigende Ersatzregelung bzw. es wird auf eine Versicherung verwiesen. Herr Wagner bittet darüber nachzudenken, ob nicht eine bürgerfreundlichere Lösung angeboten werden kann.

Herr Wagner möchte wissen, ob die vormaligen Planungen zur Verlängerung des Schienenstranges auf dem Gelände der Firma Zanders an der mangelnden Tragkraft der Decke des verrohrten Strunder Baches gescheitert sind. Er bittet um Mitteilung, wer die Verrohrung geplant hat, zu wessen Kosten diese ging und ob es ferner richtig ist, dass dafür relativ umfangreiche Armierungsteile sowie Baugeräte längere Zeit auf dem Gelände standen, die von der Stadt bezahlt wurden, ohne je genutzt worden zu sein.

Herr Kremer bestätigt, dass die Armierungsdecke über dem Strunder Bach relativ dünn ist. Weil der Rangierbetrieb aber auch so funktionierte, hat man von der Planung wieder Abstand genommen hat.

Die Frage, warum dort Maschinen und Armierungen auf Kosten der Stadt längere Zeit ungenutzt liegen geblieben sind, wird schriftlich beantwortet.

Herr Ziffus verweist darauf, dass der Strunder Bach auf dem Gelände der Firma Zanders zwei Stränge (Umbach und Strunder Bach) hat.

Herr Schmickler erinnert an die veränderten betrieblichen Anforderungen durch zurückgehende Produktionsumfänge.

Herr Ziffus merkt an, dass im Rahmen einer möglichen Umnutzung des Geländes der besprochene Aspekt wieder an Bedeutung gewinnen könnte.

Anfrage von Herrn Ziffus:

Herr Ziffus schildert das hemmungslose Parken auf Geh- und Radwegen durch Paketzulieferer. Er möchte wissen, was die Stadt dagegen unternimmt.

Außerdem regt er an, im Bereich der Cederwaldstraße einen Fahrradstreifen entgegen der Einbahnstraße anzulegen.

Herr Widdenhöfer bestätigt, dass die Fahrer beim Halten auf den Geh- und Radwegen gegen die Straßenverkehrsordnung verstoßen. Soweit die Außendienstmitarbeiter vor Ort sind, werden Verwarnungen ausgesprochen. Wegen der begrenzten personellen Ausstattung können Kontrollen aber nicht flächendeckend durchgeführt werden. Soweit das Ordnungsamt über Verstöße informiert wird, werden die Firmen selbstverständlich angeschrieben.

Herr Hardt teilt mit, dass ein gegenläufiger Radfahrstreifen in der Cederwaldstraße bereits planerisch erfasst ist. Die Konzeption soll noch vor den Sommerferien dem Ausschuss vorgestellt werde, vielleicht hat dann auch schon die Ausführung begonnen.

Anfrage von Herrn Kamp:

Herr Kamp fragt nach der Verkehrsregelung beim neu errichteten Parkdeck am Kaufland, wobei insbesondere das Linksabbiegen auf den Refrather Weg in Richtung Refrath aus seiner Sicht häufig zu brenzlichen Situationen führt. Er möchte wissen, ob dort noch eine weitere Ausfahrt angelegt wird oder es sich bereits um die endgültige Ausführung handelt.

Außerdem fragt er nach der Ursache für die Ablösung des neuen Fahrbahnbelags in der Handstraße.

Zum Parkdeck Kaufland erläutert Herr Hardt, dass es zukünftig wieder zwei Ausfahrten geben wird. Die Ausfahrt zur Richard-Zanders-Straße ist wegen der Bauarbeiten augenblicklich nicht nutzbar. Er sieht bei der Ausfahrt in den Refrather Weg wegen der Beampelung bisher keine größeren Probleme, insbesondere hatte der in der Presse geschilderte Unfall nichts mit der neuen Verkehrssituation zu tun. Die Angelegenheit wird aber zusammen mit der Straßenverkehrsbehörde weiterhin im Auge behalten.

Zur Handstraße liegt das in Auftrag gegebene Gutachten noch nicht vor, im April oder Mai wird jedoch eine neue Decke aufgetragen. Die neuerliche Ausführung wird den städtischen Haushalt nicht belasten. Was nicht zu verhindern sei, sind die erneuten Behinderungen während der Bauarbeiten.

Anfragen von Herrn Schallehn:

1. Schon vor sehr langer Zeit ist ein System angekündigt worden, über das schriftliche Vorlagen bzw. Ausschusseinladungen abbestellt werden können. Er möchte wissen, wann es dazu die Möglichkeit gibt.
2. Misst die Stadt Bergisch Gladbach ihren CO₂-Ausstoß?
Vom Umweltministerium wird dazu ein kostenloses Tool angeboten. Mit dieser Software könnte eine Bilanz über den Schadstoffausstoß erstellt werden.
3. Wie viele Standorte mit Spendern für Hundekottüten gibt es und wo sind diese Spender genau aufgestellt?
4. Auf dem Friedhof in Herkenrath überschwemmt in der Nähe der Leichenhalle regelmäßig ein Bachlauf den Weg, weil ein Rohr sich zugesetzt hat. Herr Schallehn bittet um Behebung des Schadens. Notwendig werdende Maßnahmen könnten evtl. auch aus dem Öko-Konto finanziert werden.

Hinsichtlich des CO₂ Ausstoßes berichtet Herr Hardt über die erfolgreiche Anwendung des Tools im Bereich Straßenbeleuchtung sowohl für den Ist-Zustand als auch für die Planung. Auf dem Dorfplatz in Schildgen ist ein Tütenspender aufgestellt, für den auch eine Patenschaft besteht.

Anfrage von Herrn Krafft:

Herr Krafft kritisiert die Situation an der Ausfahrt Kaufland. Aus eigenem Erleben habe er gestern eine gefährliche Situation erlebt. Er regt daher an, die Situation nochmals eingehend zu analysieren.

Herr Hardt erläutert die Vorfahrtregelung an der Stelle. Die anfänglichen Probleme haben sich aus seiner Sicht auch durch die angebrachte Beschilderung weitgehend gelegt. Die Angelegenheit wird aber zusammen mit der Straßenverkehrsbehörde weiter im Auge behalten.

Anfrage von Herrn Mömkes:

Herr Mömkes schlägt vor, bei den Schadstoffmobilen auf den Wochenmärkten auch Kleinelektrogeräte bis zu einer Größe eines Fernsehgerätes abgeben zu können. Er befürchtet, dass ansonsten viele dieser Geräte im Hausmüll landen würden, da eine Fahrt zum Betriebshof Obereschbach sehr aufwendig ist.

Herr Kremer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Ziffus schließt alsdann gegen 18:35 Uhr den öffentlichen Teil dieser Sitzung.

Vorsitzender

Schriftführung